Fuldaer Zeitung
Gegründet 1874

Ausgabe vom 16. April

KOLUMNE

Parteien sind in die Falle getappt

Wenn Sie, lieber Leser den Durchblick bei der Energiepolitik verloren haben, dann müssen Sie sich keine Gedanken machen. Sie sind dann genau auf dem Stand der Berliner Parteien, egal ob sie regieren oder in der Opposition sind. Die wissen auch nicht mehr, was sie machen, oder machen wollten und schon gar nicht mehr, was sie machen sollten. Sie haben zu oft in den Markt eingegriffen, den einen die Energiesteuern erhöht, dann anderen Subventionen geschenkt, so dass sie sich hoffnungslos in Widersprüche verstrickt und jede Glaubwürdigkeit verloren haben. Nur zwei Voraussagen treffen deshalb mit Sicherheit zu:

1.) Die Energiekosten werden rasant steigen.

2.) Die Lichter werden nicht ausgehen, weil wir zunehmend Strom importieren.

Damit sind wir bei dem Wut- und Angstthema Atomkraft. In Japan hat die Katastrophe von Fukushima eine dicht besiedelte Region verstrahlt, bei uns hat sie logisches Denken und Wahrhaftigkeit außer Kraft gesetzt.

Alle Parteien haben sich mehr oder weniger auf die sofortige Abschaltung der sieben ältesten Nuklearkraftwerke geeinigt – einige nur aus purem Opportunismus. Ergebnis: Wir beziehen für die so entstandene Stromlücke ungefähr in der gleichen Menge Atomstrom aus Frankreich und Tschechien. Deren Atommeiler stehen in Fechenheim einen Kilometer, in Cattenom 40 Kilometer und Temelin 60 Kilometer von unserer Grenze entfernt. Was haben wir also an Sicherheit gewonnen?

Alle Parteien versprechen jetzt, die „Erneuerbaren Energien" schnell auszubauen, als ob es so etwas gäbe. Energie die verbraucht ist, ist weg. Es gibt allerdings „Alternative Energien" zur Atomkraft. Aber um sprachliche Genauigkeit geht es schon lange nicht mehr.

Zum schnellen Ausbau von Windmühlen und Solaranlagen sollte die Brennelementesteuer beitragen, die die Kernkraftwerksbetreiber bezahlen müssten. 16,9 Milliarden Euro wurden dafür eingerechnet. Aber: Keine Kernkraftwerke – keine Brennelementesteuer.

Die Parteien sind in die Falle getappt. Zwei Jahrzehnte hat die Atomindustrie massiv die Behauptung unterstützt, CO_2 sei ein Treibhausgas, das für die Erderwärmung verantwortlich sei. Kohle war somit schmutzig, Kernenergie sauber und so erlebte sie trotz Tschernobyl eine Wiederauferstehung. Darüber habe ich seit Jahren intensiv recherchiert und ausführlich berichtet. Aber da gab es den Weltklimarat IPCC, der mit immer neuen Hiobsbotschaften über den drohenden Weltuntergang die Lobbyarbeit der Nuklearindustrie betrieb.

Der renommierte britische BBC-Wissenschaftsjournalist Nigel Calder, Herausgeber von New Scientist prophezeite mir 1999: „Alle Regierungen der westlichen Welt, ob rechts oder links werden da mitmachen, weil sie die Chance erhalten, die Luft zum Atmen zu besteuern und dafür auch noch als Weltretter gefeiert werden." Er behielt Recht. Aber keine Regierung hat es so weit getrieben, wie die Grünrotschwarzen in Berlin, denen sich jetzt auch noch die Gelben anschließen wollen.

Aber jetzt haben sie den Schlamassel. Die Schwarzen wollten dank CO_2 ihre Atommeiler retten, die Grünen ihre Wind- und Sonnenfreunde beglücken und die Roten sind bei allem etwas dabei. Sie alle haben sich damit den einfachsten Ausweg aus der Energiekrise für die nächsten 50 Jahre verbaut.

Ein knappes Dutzend hochmoderner Kohlekraftwerke an den alten Standorten und Deutschland hat preiswerten, zuverlässigen Strom und kann sich die Verschandelung der Landschaft durch Windkraftanlagen und neue Stromtrassen sparen. Das würde weder die Erwärmung des Weltklimas beschleunigen noch bremsen, denn die Chinesen weihen jede Woche ein neues Kohlekraftwerk ein.

Die Nation sollte wieder einmal auf Altkanzler Helmut Schmidt hören: Er fordert eine wissenschaftlich unabhängige Untersuchung der fragwürdigen Praktiken des Weltklimarates IPCC, deren Glaubwürdigkeit und Integrität er stark in Zweifel zieht. Das könnte uns viele Milliarden sparen.